

Volks-Zeitung

Freitag das achtsseitige farbige illustrierte Witzblatt ULK

Mit „Jede Woche Musik“ Moden-Zeitung Sport-Zeitung Film-Zeitung Haus- u. Garten-Ztg Techn.-Zeitung Witzblatt „ULK“

Strasse 67-68, Moritzplatz, Mühlentempel 120, Potsdamer Strasse 24, Rathenower Strasse 10, ... Druck und Verlag: Rudolf Mosse, Berlin S.W.

Phoebus-Denkschrift am Montag

Das Ende der Verschleierungstaktik - Veröffentlichungsbeschluss des Reichskabinetts - Am Dienstag Phoebus-Debatte im Haushaltsausschuss

In der Phoebus-Angelegenheit empfing der Reichsanwalt Dr. Watzl gestern nachmittags die Führer der verschiedenen Reichstagsfraktionen und zwar zur Mittagsstunde zunächst die Führer der bisherigen Regierungsparteien, darauf am Nachmittag die sozialdemokratischen Führer und in den Abendstunden die Vertreter der demokratischen Partei und der Wirtschaftspartei.

haben sich die regierenden Vertrauensleute der schwarzblauen Parteigruppe dazu verstanden, mit dem bisherigen Verheimlichungssystem zu brechen und die Untersuchungsergebnisse des Reichsausschusses dem Reichstag vorzulegen.

Die Reichsregierung hat sich nach langem Zögern also nun doch entschlossen, der Volkvertretung über die unerhörte Mißbräuchung der Vertrauensstellung ins einzelne gehend Mitteilung zu geben.

Wenn die bisherige Verschleierung der Angelegenheit von Regierungseite damit begründet wird, daß eine „Denkschrift“ des Ministers Saemich bisher nicht vorgelegen habe, vielmehr habe ein „Bericht“ nur aus den Unterlagen für seine dem Reichsanwalt Dr. Marx mündlich gegebenen Informationen bestanden, so ist das eine nicht gerade geläufige Ausrede.

Ungarn glimpflich davongekommen

Die gemäßigte Entscheidung des Völkerrundrates - Unzulängliche Befugnisse des Ratspräsidenten

Der Völkerrundrat hat in seiner gestrigen Sitzung auf Antrag des englischen Ratspräsidenten Folgendes beschlossen, ein Komitee mit drei Mitgliedern zu ernennen, das über die Waffenlieferungsfrage von Spanien-Großbritannien mit juristischen Hilferufen versehen Bericht erstatten soll.

Von besonderer Bedeutung war die Aussprache über den Schritt des bisherigen Ratspräsidenten Zdeneklo, der die ungarische Regierung vor der Zurückführung der Waffenlieferung ausdrücklich gewarnt hatte.

Die Kommission wird zwar alle materiellen Unterlagen der Beschwerde der kleinen Entente nachprüfen, aber die ungarische Regierung hat hierüber die Möglichkeit sich zu rechtfertigen für jeden Verstoß, den die Entente in der öffentlichen Verhandlung, und man kann daher nicht einsehen, warum die deutsche nationalpolitische Presse in diesem Falle von einer „verkappten Investigation“ gegenüber Ungarn spricht.

Natürlich konnte man nicht daran denken, den Präsidenten Zdeneklo in dieser Angelegenheit zu desavouieren, aber die Vertreter der Großmächte wiesen übereinstimmend darauf hin, daß hier eine Lücke in den Bestimmungen sei, die ausgefüllt werden müsse.

Wenigstens waren die diplomatischen Kreise in Frankreich im ersten Stadium der Auseinandersetzungen zwischen Ungarn und der kleinen Entente angelegentlich bemüht, die „Grenz-Geldwährungs-Affäre“ zum Ausgangspunkt einer großen Aktion im Sinne der Anwendung der Untersuchungsbestimmungen gegen Ungarn zu machen.

Der Präsident des Völkerrundrates muß unter allen Umständen die Befugnis haben, die Autorität des Völkerrundrates geltend zu machen, wenn die Regierung eines Mitgliedlandes zu einer Handlung gezwungen ist, die offensichtlich den Zweck hat, eine Untersuchung des Völkerrundrates unmöglich zu machen.

Das Sicherheitskomitee vertagt sich bis Juni

Das Sicherheitskomitee beendete heute nachmittags seine Arbeiten mit der Annahme des Russen eines Kollektiv-Nichtangriffspaktes sowie eines zweiseitigen Nichtangriffspaktes nach dem erklärten Willen. Es wurde beschlossen, daß die dritte Tagung spätestens Ende Juni stattfinden soll.

Ammanlich abgerufen. Nachdem das afghanische Königspaar gestern dem Reichspräsidenten seinen Abschiedsbesuch abgestattet hatte, der von Hindenburg eine Stunde später erwidert wurde, verließ es um 15 Uhr 30 Minuten im Sonderzuge Berlin, um sich nach Essen zu begeben.

Schnelldienst

Die demotraitische Wählvereinsaktion hat im Auftrage für Entscheidungsträger im Wahlbereich seine Aufgaben übernommen. Der Ortsausschuß in der Gegend von Berlin hat seine Aufgaben erfüllt und beim Hamburger Senat Einzug gegen die von der Reichsregierung angeordnete Einstellung der Arbeiter in die Wehrmacht auf 1579 Personen erlangt.

Konflikt London-Kairo

Zwischen London und Kairo hat im Laufe der letzten 24 Stunden ein neuer scharfer Notenwechsel stattgefunden, durch den die spanische Lage wieder erschärft worden ist. Der britische Oberkommissar, Lord Lond, hat Sir Walter Buxton, die neue britische Note überreicht, in der die britische Regierung erklärt, daß sie die Einführung von Gesetzen, die dazu dienen könnten, die britische Verwaltung in Ägypten zu erschweren, verhindern werde und sich entsprechende Maßnahmen zur Wahrung seiner Rechte vorbehalten müsse.

Schiedspruch für die Metallindustrie

Nach zwölfstündiger Verhandlungsdauer sollte gestern abend die zwischen den Parteien vereinbarte Schlichtungsstelle im Konflikt der Berliner Metallindustrie folgenden Schiedspruch fällen. Zwischen dem Verband Berliner Metallindustrieller und dem Deutschen Metallarbeiterverband wird folgendes Abkommen getroffen: Die Stundenlöhne und Affordbedienste sollen einer Anpassung unterzogen werden, und zwar sollen nicht nur einzelne Afforde, sondern vielmehr die Angemessenheit der Löhne und Afforde ganz allgemein geprüft werden.

Wieder ein Wohlfieg der englischen Liberalen

London, 7. März. Bei den Nachwahlen zum Unterhaus in Saint-ives erhielten die liberalen Kandidaten, Frau Duncan, 10.241 Stimmen, der konservativen Kandidat 9973, der Arbeiterpartei Hopkins 4948 Stimmen. Frau Duncan ist somit gewählt. Das Mandat war bisher in konservativer Hand. Frau Duncan ist die Witwe des ehemaligen liberalen Ministers, der ebenfalls Unterhausmitglied ist.

Name ist Schall und Rauch. Die Gruppe der Nationalen Arbeitervereine in Weidling hat den Unterhausschlichtungsausschuß der Reichsregierung um eine entsprechende Anmeldeung beim Reichstagsbüro angefragt.





